

Citation style

Oppelland, Torsten: Rezension über: Dirk Schmalzer, Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit. Zwischen Aufklärung und Verdrängung, Frankfurt am Main: Lang, 2013, in: Neue Politische Literatur, 60 (2015), 2, S. 354-356, DOI: 10.15463/rec.1371199968, heruntergeladen über Website

neue politische literatur

Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft

copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

aufweisen, die „in wesentlichen Teilen säkular und menschenrechtsorientiert“ (S. 137) ist. Der Begriff „Säkularität“ (*ilmaniyya*) wird dabei sowohl im ägyptischen als auch im tunesischen Kontext vermieden, da er einerseits mit „Religionsfeindlichkeit“ verwechselt wird und andererseits negativ konnotiert ist, da die Diktaturen Mubaraks und Ben Alis unter dem Deckmantel der Säkularität politische Feinde verfolgt, unrechtmäßig inhaftiert und gefoltert haben. In Abgrenzung dazu lässt sich in beiden neuen Verfassungen der Begriff des „Zivilstaates“ (*daula madaniyya*) ausmachen, der die religiöse Neutralität des Staats und den Schutz religiöser Minderheiten gewährleisten soll.

Hanna Röbbelen, Islamwissenschaftlerin, stellt in ihrem überzeugenden Artikel Graffiti-Kunst als Widerstandsform ägyptischer Frauen gegen sexuelle Belästigung und für *gender-empowerment* vor. Sie legt dar, dass diese Graffiti neue, provokative Denkpulse setzen und auf diese Weise nicht lediglich eine Sichtweise historischer, politischer, gesellschaftlicher oder persönlicher Ereignisse formulieren. Vielmehr tragen sie mit ihrer Kunst dazu bei, gesellschaftliche Normen und frauenfeindliche Stereotype mit einer Darstellung von emanzipierten, selbstbewussten und kämpferischen Frauen zu konfrontieren. Graffiti-Kunst kann folglich auf lange Sicht als Mittel gegen misogynen Attitüden angesehen werden.

Einer ähnlichen Thematik folgend untersucht die Arabistin, Friederike Pannewick, die Bedeutung literarischer und künstlerischer Auseinandersetzungen mit den Diktaturen in Syrien, Ägypten und im Libanon. Sie geht der Frage nach, ob sich die Formen widerständischen Denkens in Zeiten, in der die Diktaturen „stabil“ erscheinen und in revolutionären Momenten des Umbruchs, verändern. Anhand einer beeindruckenden Analyse von Prosa, Lyrik, Satire und Straßenkunst des arabischsprachigen Raumes in der prärevolutionären und revolutionären Phase stellt sie heraus, dass sich politischer Dissens unter Diktaturen auf indirekte Art und Weise äußert, während es im Zuge der arabischen Revolten zu einer unverschleierte Konfrontation mit den Regimen kommt: Die „Mauer der Angst“ (S. 218) fällt und befreit eine unverblühte Kritik, die nicht mehr davor scheut, die zu stürzenden Diktatoren direkt zu adressieren, sie lächerlich zu machen und derart ihre unverrückbar erscheinende Autorität zu untergraben.

Den Beiträgen von Rohe, Röbbelen, Pannewick ist gemein, dass ihre Herangehensweisen sich nicht in eine strenge „Out-Put-Perspektive“ einschreiben, die lediglich an den kurzfristigen,

„eindeutigen“ Ergebnissen der Bewegungen interessiert ist. Vielmehr versuchen sie, zu verstehen, welche gesellschaftlichen, politischen, sozialen und künstlerischen Veränderungen diese Bewegungen überhaupt möglich gemacht haben. Auch die Politologin Irene Weipert-Fenner erinnert in ihrem Artikel daran, dass politische Transformation nicht als „linearer Prozess und Einbahnstraße Richtung Demokratie“ zu denken ist, sondern stets ambivalent, ergebnisoffen und nicht-linear ist (S. 264).

Der interdisziplinäre Sammelband stellt eine teils einführende, teils detaillierte Analyse des „Arabischen Aufbruchs“ dar, die vor allem in ihren komparativen Ansätzen, in den Länderstudien und den Analysen zur Bedeutung der Kunst differenziert und bereichernd ist.

Paris/Aachen

Nabila Abbas

Bundespräsidenten zum 8. Mai

Schmaler, Dirk: Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit. Zwischen Aufklärung und Verdrängung, 144 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2013.

Es ist Allgemeingut, dass Bundespräsidenten über wenig politische Macht verfügen, sondern sich vor allem über die Macht des Wortes ein gewisses Maß an moralischer Autorität verschaffen können. Ebenso ist es Allgemeingut, dass seit der großen Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 die „runden“ Gedenktage an das Kriegsende den Bundespräsidenten eine besondere Gelegenheit zur Ausübung dieser Form von Autorität bietet. Zwar ist bereits erforscht worden, welches Verhältnis die Bundespräsidenten (zumindest bis 1984) zur Geschichte hatten (Matthias Rensing), und auch der Gedenktag 8. Mai ist bereits Gegenstand einer Längsschnittanalyse gewesen (Jan-Holger Kirsch), aber dennoch kann man das Wissen darüber, wie sich die Präsidenten vor und nach Richard von Weizsäcker zum 8. Mai gestellt haben, kaum als Allgemeingut bezeichnen.

Der Gegenstand der Darstellung von Dirk Schmaler bietet insofern interessante Möglichkeiten. Leider werden diese kaum genutzt. Der Autor beschränkt sich im Kern darauf, die Bundespräsidenten in die ‚Guten‘ und die ‚Bösen‘ einzuteilen. Die ‚Guten‘ sind diejenigen, die aufklärerisch und „unverstellt“ mit der deutschen

Schuld umgehen und dementsprechend den 8. Mai uneingeschränkt als Tag der Befreiung bezeichnen und Opfer und Täter deutlich benennen. Böse sind solche, die das nicht tun, denn bei ihnen „saß die Niederlage und damit einhergehend wohl auch die nachhaltige Identifikation mit dem nationalsozialistischen Deutschland noch tief“ (S. 13). Was der Begriff der Nachhaltigkeit im Zusammenhang dieser extrem verkürzenden und kaum näher begründeten Gleichsetzung vom Gefühl der Niederlage und der NS-Identifikation bedeuten mag, ist unklar; klar ist jedoch, wen der Autor zur letzteren Kategorie zählt: Heinrich Lübke und Karl Carstens natürlich, aber auch – wenn nicht im selben Ausmaß – Theodor Heuss und Gustav Heinemann. Bei Heuss ist die Einstufung vielleicht etwas überraschend. Zwar billigt Schmalzer ihm auf den sieben Seiten, die sich mit dem ersten Bundespräsidenten beschäftigen, zu, dass er wegen einiger Reden „wenigstens partiell als aufklärerisch gelten“ (S. 38) könne – gemeint ist in erster Linie die Präsidentenrede von 1952 zur Eröffnung der Gedenkstätte Bergen-Belsen! Aber in der Rede vom 8. Mai 1955, in der Heuss von der „Zweifelhaftigkeit“ dieses Gedenktages, von der Ambivalenz von Erlösung und Befreiung gesprochen hatte, findet der Autor nichts Aufklärerisches, „da der Ausdruck vom Befreit-Sein [...] nicht positiv gefasst“ (S. 35) werde. Der von Heuss geprägte Begriff der Kollektivscham – der etwas wohlwollender so interpretiert werden könnte, dass von jedem einzelnen Deutschen zu Recht erwartet werden könne, sich für die Untaten des NS zu schämen – wird „allein auf die Schande der internationalen Veröffentlichung der Verbrechen“ (S. 36) bezogen. Wenn Heuss, ein Berufspolitiker der Weimarer Republik, dem nach 1933 jede politische Betätigung verboten war, der also einem Berufsverbot durch ein totalitäres Regime unterworfen war, sich mit dem Begriff der deutschen Schuld schwertat, dann wirkt es etwas selbstgerecht, ihm die „semantische Abgrenzung zwischen Hitler und dem unterdrückten Volk“ (S. 35) vorzuwerfen. Erst ganz am Ende des Buches, wenn Schmalzer davon spricht, dass die Präsidentenreden auch „Ausdruck der Mehrheitsmeinung“ (S. 129) waren und kaum etwas anderes sein konnten, bekommt man eine Anmutung davon, dass 1949 so wenig jemand Bundespräsident hätte werden können, der nur von deutscher Schuld sprach, wie 1994 ein Steffen Heitmann, der sich nicht im Einklang mit der westdeutschen Mehrheitsmeinung befand.

Im Zusammenhang mit Lübke kommen alle klassischen Stereotype vor, einschließlich

der unkommentierten Zitation des Vorwurfs, „KZ-Baumeister“ gewesen zu sein. Die umfassende Lübke-Biographie von Rudolf Morsey, die dazu einiges zu berichten weiß, wird nicht zur Kenntnis genommen. Lübke hat zwar am 8. Mai 1965 gar keine Rede gehalten, aber seine übrigen geschichtspolitischen Reden bestätigen „die Tendenz zum Beschweigen und zur Schuldabwehr“ (S. 48). Immerhin findet der Autor manches bei Lübke komplexer und widersprüchlicher, als er offenbar erwartet hatte. Bei Heinemann beurteilt der Autor dessen Reden zur Reichsgründung und zur deutschen Freiheitsgeschichte vor 1933 durchaus als aufklärerisch. In seiner Ansprache zum 25 Jahre zurückliegenden Kriegsende jedoch gebraucht Heinemann das kollektivierende „Wir“ aus einer Opferperspektive – bei ihm persönlich als Mann der Bekennenden Kirche zwar verständlich, für einen Bundespräsidenten aber unverzeihlich, werden doch dadurch „alle Deutschen gewissermaßen zu Opfern“ (S. 56).

Überraschend gut wird Walter Scheel beurteilt. Dieser heute fast vergessene Bundespräsident nahm in seiner Rede zum 8. Mai von 1975 viele Motive der Weizsäcker-Rede voraus, ohne damit dieselbe öffentliche Resonanz finden, was der Autor zu Recht auf die unterschiedlichen Kontexte der Jahre 1975 und 1985 zurückführt. Es hat wohl auch damit zu tun, dass es nicht nur darauf ankommt, was man sagt, sondern auch wie man es sagt. Dass Weizsäcker zu den ‚guten‘ Bundespräsidenten gezählt wird, ist fast selbstverständlich. Für Roman Herzog und Johannes Rau gilt das auch (selbst wenn in die Amtszeit des Letzteren kein rundes Gedenkjubiläum fiel). Bei Horst Köhler jedoch, der sich zwar zur Schuldfrage und zur Befreiung eindeutig äußert, aber die Aufarbeitung viel zu positiv sieht und die deutschen Opfer zu sehr betont, zögert der Autor, ihn zu den ‚guten‘ Bundespräsidenten zu zählen. Dagegen wird Christian Wulff gegen Kritik in Schutz genommen, weil dieser sagte, dass das Verbrechen von Auschwitz „ewig auf der Geschichte der Deutschen lasten“ (S. 127) werde.

Wenn der Autor im knappen Fazit „Deutschlands Bundespräsidenten“ vorwirft, „geradezu ihre Aufgabe darin [zu sehen], Geschichte mit dem Anspruch zu interpretieren, den Deutschen Möglichkeiten zur Identifikation zu bieten“ (S. 129), erkennt er, dass das zu deren Job-Beschreibung gehört. Andere Gemeinsamkeiten mancher Reden, wie das Streben nach „Erlösung“ – Weizsäcker hatte mit dem auf die Kabbala zurückgehenden Spruch, das Geheimnis der

Erlösung liege in der Erinnerung, geschlossen – oder „Vergebung“ – um die Rau seiner Rede in der Knesset ganz explizit gebeten hat – und die im Grunde eine Zumutung darstellen, geraten nicht in den Blick.

Das schmale Buch, das zwischen dem eigentlichen Gegenstand und einer alle bekannten Stichworte kurz antippenden Gesamtdarstellung schwankt und dem zudem ein etwas gründlicheres Schlusslektorat gut getan hätte, ist kein viel versprechender Auftakt für eine neue Veröffentlichungsreihe „zur Aufarbeitung der NS-Herrschaft“.

Jena

Torsten Oppeland

„Deutsches Europa“

Bolaffi, Angelo: Deutsches Herz. Das Modell Deutschland und die europäische Krise, 287 S., Klett-Cotta, Stuttgart 2014 (italien. 2013).

Dass die deutsche Politik seit Beginn der europäischen Wirtschaftskrise bei seinen, vor allem südeuropäischen Nachbarn zunehmend auf Ablehnung stößt, dürfte nicht erst seit dem radikalen Regierungswechsel in Griechenland kaum jemand entgehen. Das führt in Deutschland zu häufig pauschalen oder ignoranten Abwehrreaktionen, welche den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entsprechen. In besonderen Maße gilt das für die deutsch-italienischen Beziehungen, die sich nach dem Eindruck mancher Beobachter in einem Zustand ‚schleichender Entfremdung‘ befinden. Wenn sich hier auf italienischer Seite Neid- und Unterlegenheitsgefühle breitmachen, verstärkt sich auf der deutschen die Überheblichkeit.

Da will er deshalb gar nicht passen, dass ein Buch eines italienischen Philosophen erscheint, in dem das ‚Modell Deutschland‘ in der europäischen Krise mit einer Vehemenz verteidigt wird, wie das seit 1989, aber eigentlich seit 1945 noch kaum je geschehen ist. Es handelt sich ohne Frage um das wichtigste Buch zur ‚deutschen Frage‘, das seit langem in Italien erschienen ist. Glücklicherweise ist es auch ins Deutsche übersetzt worden. Der Autor, Professor für Politische Philosophie an der Sapienza in Rom, lernte Deutschland in den unruhigen siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kennen, als er mit einem Stipendium des DAAD ein Jahr

in Berlin verbringen durfte. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands überraschte er 1995 mit dem Buch „Die schrecklichen Deutschen. Eine merkwürdige Liebeserklärung“, geschrieben von einem politischen Linken, der sich über seine sich verändernde Einstellung zu Deutschland selbst wunderte. Als außergewöhnlich erfolgreicher Direktor des Italienischen Kulturinstituts in Berlin drang er schließlich 2007 bis 2011 endgültig in das ‚Deutsche Herz‘ ein.

Den Anstoß, das vorliegende Buch zu schreiben, gab Bolaffis Entsetzen darüber, „wie sehr das Bild, das die italienischen und europäischen Medien von Deutschland verbreiteten, von der Wirklichkeit eines einzigartig dynamischen Landes abwich“. Ein politisch motiviertes Buch also, aber geschrieben von einem intimen Kenner der deutschen Geistesgeschichte seit der Aufklärung und einem genauen Beobachter der deutschen Politik nicht erst seit der Wiedervereinigung.

Bolaffi trägt sein Plädoyer für einen differenzierten Blick auf das heutige Deutschland in drei Schritten vor. In einem ersten versucht er zu erklären, weshalb mit dem Fall der Berliner Mauer der europäische Einigungsprozess in die Krise geraten sei. Habe das „auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs“ geborene Europaprojekt dazu gedient, den westdeutschen Teilstaat politisch einzubinden, sei das wiedervereinigte Deutschland nunmehr ins Zentrum der europäischen Politik gerückt und gewissermaßen vom Nachwuchsspieler zum Spielführer avanciert. Die bis dahin führenden europäischen Politiker (Bolaffi nennt Margaret Thatcher und François Mitterrand, aber auch Giulio Andreotti) hätten geglaubt, diesen für sie ebenso wie für die Deutschen völlig überraschenden Umsturz aufzuhalten zu können, seien aber an den für die deutsche Einigung letztlich entscheidenden Großmächten der USA und der Sowjetunion gescheitert. Frankreich und Großbritannien hätten daraufhin versucht, das „neue Großdeutschland“ durch die gemeinsame Währung des Euro zu bändigen. Das ist zwar historisch nicht ganz zutreffend, da die Einführung des Euro schon vor der deutschen Wiedervereinigung geplant wurde und diese nur zu seiner überstürzten Durchsetzung führte. Bolaffi hat aber zweifellos recht, wenn er es für einen allerdings „unvermeidlichen“ historischen Fehler hält, den Euro als „Prämisse statt als Schlussstein“ einer europäischen Wirtschaftspolitik einzuführen.

Es liegt nahe, dass der Autor den seit 1989 sich abzeichnenden „europäischen Zwiespalt“ am Beispiel des deutsch-italienischen Verhältnisses